

MITTWOCH, 25. MÄRZ 2026 – REUTLINGER GENERAL-ANZEIGER

KOMMENTARE

Irankrieg

US-Interessen sind nicht unsere

VON
MARTIN ZIMMERMANN

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat den US-Angriff auf den Iran als »völkerrechtswidrig« und »unnötigen Krieg« ein. Damit spricht der Präsident – der 2015 noch als Außenminister am von US-Präsident Donald Trump gekündigten Atomabkommen mit dem Iran mitverhandelte – eine Wahrheit aus, mit der sich sowohl Bundeskanzler Friedrich Merz als auch Außenminister Johann Wadepuhl schwer taten. Die beiden CDU-Politiker lavierten herum bei der Frage, ob es sich beim Iran-Krieg um einen Bruch des Völkerrechts handelt.

Ex-Brigadegeneral und Merkel-Berater Erich Vad betont, dass Russlands Präsident Wladimir Putin beim Iran-Krieg der lachende Dritte ist, weil das Land einerseits mehr Öl und Gas verkaufen kann als zuvor und der Kremlchef dem Westen andererseits Doppelmoral vorwerfen kann. Den Ukrainekrieg dürfe der Iran-Krieg eher verlängern als verkürzen, weil er den Russen wirtschaftlichen Druck nimmt und andererseits die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit abzieht. Das ist nicht im Interesse Deutschlands.

Ob Venezuela, Nigeria, Grönland Kuba oder Iran – Trump macht in seiner zweiten Präsidentschaft laufend neue außenpolitische Baustellen auf, ohne dass damit alte Konflikte befriedet werden. Er droht sich damit zu verzetteln und die amerikanischen Kräfte zu überlasten. Friedrich Merz sollte Trump nicht in vorausseilendem Gehorsam Honig ums Maul schmieren, sondern deutsche Interessen vertreten. Die Aussage, dass der Iran-Krieg »nicht unser Krieg« ist, war ein Anfang dazu. Weitere Schritte für eine von den USA unabhängige Außenpolitik müssten folgen, wenn Friedrich Merz dem selbst gesteckten Anspruch als Außenkanzler gerecht werden will.

martin.zimmermann@gea.de

Handelsabkommen mit Australien

Bitte keine neuen Störfeuer

VON
DAVID DREVOVAK

Es gab Jahre in denen die EU-Kommission deutlich weniger und deutlich unwichtigere Abkommen geschlossen hat. Die neue Handelspartnerschaft mit Down-Under bietet der europäischen Wirtschaft gute Möglichkeiten neue Märkte zu erschließen, sich Rohstoffe zu sichern und Profite zu machen. Die Unterzeichnung knapp einen Monat bevor Mercosur in Kraft tritt, sollte die Abgeordneten des Europaparlaments daran erinnern, dass bei der Umsetzung dieser Partnerschaft ähnliche Fehler, wie bei der letzten tunlichst vermieden werden sollten.

Mit Australien wurde zwar nicht so lange verhandelt, wie mit den südamerikanischen Staaten, doch in Sachen Bedenken und Klärungsbedarf drehten sich die Gespräche um ähnliche Themen. Ähnlich wie bei Mercosur hat Ursula von der Leyen und ihre Mitstreiter ein gutes Paket geschnürt. Nur nutzt dies in der aktuellen Weltmarktsituation nichts, wenn sich die Ratifizierung auch hier wieder durch eine Prüfung des EuGHs um Jahre verzögern könnte.

Die Verhandlungen mit Australien gingen lange genug und die Absprachen wurden im Vorfeld geprüft und abgestimmt. Kontrollgremien sind wichtig und gut. Doch in der heutigen Zeit muss es manchmal auch schnell gehen. Denn in Zeiten in denen von heute auf morgen Partner wegbrechen, unvorhersehbare Zölle urplötzlich stabile Branchen bedrohen und schon morgen eine globale Energiekrise vor der Türe stehen könnte, ist für eine bürokratische Ehrenrunde keine Zeit.

david.drevovak@gea.de

INTERVIEW Ex-Brigadegeneral Erich Vad ordnet die militärische Lage im Iran und die Interessen der Akteure ein

Krieg erscheint »konzeptionslos«

DAS GESPRÄCH FÜHRTE
MARTIN ZIMMERMANN

REUTLINGEN. Wie könnte der Iran-Krieg enden? Der ehemalige Brigadegeneral und Merkel-Berater Erich Vad ordnet die Lage im Nahen Osten und ihren Einfluss auf die geopolitischen Interessen von Europa, USA, Russland, China und Israel ein.

GEA: Herr Vad, der Krieg der USA und Israels gegen den Iran dauert nun bereits seit mehr als drei Wochen an. Es scheint so, als wären die Amerikaner ohne Strategie in diesen Krieg gegangen, oder wie beurteilen Sie die Lage?

Erich Vad: In der Tat erscheint mir das Ganze etwas konzeptionslos. Die Kriegsziele wurden mehrfach verändert. Zunächst hieß es, dass es um die Zerstörung des Atomprogramms geht, dann ging es um Regimewechsel oder eine Unterstützung der iranischen Bevölkerung bei einem Umsturz. Das gibt das militärische Vorgehen aber gar nicht her. Das hat der amerikanische Generalstabschef John Caine Trump offenbar auch so gesagt. Trump sollte auf seinen Generalstabschef hören. Generell sollten Politiker mehr auf den militärischen Sachverstand hören.

Wie ist Trump denn überhaupt in diesen Krieg hineingeraten?

Vad: Ich verstehe das im Grunde nicht, denn die Verhandlungen mit dem Iran in Oman liefen, nach allem was ich höre, sehr gut. Demzufolge war der Iran bereit, sein Atomprogramm aufzugeben und das angereicherte Uran außer Landes zu schaffen. Damit wäre der Bau einer Bombe nicht mehr möglich. Offenbar hat sich Trump von Benjamin Netanjahu überreden lassen, militärisch zuzuschlagen. Es ist seit Jahrzehnten Netanjahus Ziel mit den USA gemeinsam gegen den Iran zu kämpfen. Denn aus israelischer Sicht macht der Krieg durchaus Sinn, da mit dem Iran der letzte verbliebene, aber ein dennoch gefährlicher Gegner Israels in der Region nachhaltig geschwächt wird. Die Israel-Lobby ist zudem in den USA ein wichtiger und mächtiger innenpolitischer Faktor.

Wie kommt Trump aus dieser Lage wieder heraus?

Vad: Wenn die USA in einen längeren Krieg hineingezogen werden, besteht die Gefahr, dass die USA den Krieg am Ende militärisch verlieren und ihre politischen Ziel verfehlen, ähnlich wie in Vietnam, im Irak oder Afghanistan. Militärisch können die USA die Straße von Hormus nicht freikämpfen. Dazu müssten sie den iranischen Küstenstreifen bis tief ins Hinterland besetzen, aus dem die Iraner jederzeit mit Minen, Raketen und Drohnen den Schiffsverkehr zum Erliegen bringen. Ein Regimewechsel nur mit Luftangriffen funktioniert nicht. Die Opposition im Iran ist zudem relativ schwach und zersplittert. Auch führen die breiten Luftangriffe



Ex-Brigadegeneral Erich Vad rät Trump den Krieg schnell zu beenden. FOTO: WESTEND-VERLAG

mit immer mehr zivilen Opfern eher zu einer Solidarisierung. Den Iran mit Bodentruppen zu besetzen ist aufgrund seiner Topografie und Größe – dreimal so groß wie Afghanistan und ähnliche Landschaften – militärisch kaum möglich. Dazu müssten die USA starke militärische Kräfte aus anderen Regionen, insbesondere dem Indo-Pazifik, abziehen. Außerdem macht der Mix aus regulären Streitkräften und fanatisierten Revolutionsgardien in Stärke von rund 200.000 Mann den Iran zu einem gefährlichen, die topographischen Vorteile ausnutzenden Gegner in einem Landkrieg, ähnlich wie der Vietkong oder die Taliban. Zudem steht Trump politisch unter Zeitdruck, weil die Midterm-Wahlen anstehen und der Krieg unter seinen Anhängern weitgehend abgelehnt wird, wie bei einer Mehrheit der Amerikaner.

Hat Trump das auch selbst erkannt?

Vad: Die Verlängerung des Ultimatums deutet darauf hin, dass er einen gesichtswahrenden Ausstieg aus der Eskalation sucht. Dennoch ist die Lage weiterhin höchst riskant für Trump. Es könnte – etwa durch einen Treffer des Iran in einem der amerikanischen Stützpunkte in den Golfstaaten – eine Situation entstehen, in

der es einen Pearl-Harbor-Moment gibt, und die Amerikaner keinen gesichtswahrenden Ausstieg aus dem Krieg mehr finden könnten.

»Es besteht die Gefahr, dass die USA den Krieg militärisch verlieren«

Wie blicken die Russen auf den Iran-Krieg?

Vad: Im Gegensatz zu den negativen Folgen für die Weltwirtschaft freuen sich die Russen natürlich, weil sie schon lange nicht mehr so viel Öl und Gas verkauft haben, wie jetzt gerade. Außerdem würde ein längerer Krieg und weitere Zerstörungen der Energieinfrastruktur im Iran in seinen wirtschaftlichen Folgen vor allem den Westen selbst treffen – angesehen davon, dass er die USA im Mittleren Osten bindet. Zudem macht der Iran-Krieg die doppelten Standards des Westens mehr als deutlich. Alles, was man den Russen mit dem Bruch des Völkerrechts in der Ukraine vorwirft, haben die Amerikaner jetzt mehrfach durchexerziert: zuerst in Venezuela, dann mit den Drohungen

gegenüber Grönland, Dänemark und Kanada und jetzt mit dem militärischen Vorgehen gegen den Iran. Solche militärischen Aktionen und Androhungen abseits des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen nehmen dem Westen international jede Glaubwürdigkeit.

Wie sehen es die Chinesen?

Vad: Die Chinesen könnten natürlich auch von einem längeren Krieg gegen den Iran profitieren, an dessen unabsehbaren Ende die Amerikaner vielleicht so geschwächt und diskreditiert sind, dass sie ihre Rolle als Weltordnungsmacht nicht mehr wahrnehmen können. Das hat sich bereits bei den Verhandlungen zwischen Saudi-Arabien und dem Iran zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen gezeigt, welche die Chinesen vermittelt haben.

Welche Parallelen sehen sie zwischen dem Irankrieg und dem Ukrainekrieg?

Vad: Beide Kriege haben ein großes Eskalationspotenzial. Immerhin hat der Bundeskanzler für den Iran gesagt, dass es »nicht unser Krieg« sei. Wobei, wenn die Straße von Hormus länger gesperrt bleiben sollte, der Irankrieg und seine wirtschaftlichen Folgen sehr schnell zu einem uns mittelbar betreffenden Krieg werden könnte. Dann geht es beim Irankrieg auch darum, wer im Mittleren Osten das Sagen hat. Beim Ukrainekrieg geht es darum, ob es dem Westen gelingt, das Land dem Zugriff Russlands zu entziehen oder eben nicht.

Verfolgen die USA denn in der Ukraine die selben geostrategischen Interessen wie die Europäer?

Vad: In der Ukraine ist es so, dass die Amerikaner den Krieg möglicherweise beenden wollen, nicht um Europa zu entlasten, sondern um Russland aus dem engen Bündnis mit China zu ziehen. Darum geht es Donald Trump primär und deshalb reden und verhandeln die Amerikaner seit mittlerweile 1,5 Jahren über die Köpfe der Europäer mit den Russen. Während die Europäer stolz darauf sind, dass sie den Ukrainern helfen, sie das Land sogar möglichst schnell in die EU aufnehmen und weiterhin nicht mit den Russen reden wollen, sprechen die Amerikaner ständig und auf allen Kanälen mit Russland und verhandeln. Wir sollten nicht vergessen: nach dem Krieg in der Ukraine ist Russland immer noch unser Nachbar. Deshalb sollten die Europäer das politische Zeitfenster bis zu den Midterms nutzen, um zusammen mit den Amerikanern den Ukrainekrieg zu beenden. (GEA)

ZUR PERSON

Erich Vad, promovierter Historiker und Brigadegeneral a. D. der Bundeswehr, war Gruppenleiter im Bundeskanzleramt und Sekretär des Bundessicherheitsrates. Er ist Autor des Bestsellers »Ernstfall für Deutschland. Ein Handbuch gegen den Krieg«. (GEA)

Medienpolitik – Nach Debatten um die Berlinale und Buchverlage wackelt Kulturstaatsminister Wolfram Weimer

Zerschlägt der Provokateur zu viel Porzellan?

VON BERNHARD JUNGINGER

BERLIN. Provozieren, genau das wollte Friedrich Merz, die von ihm mutmaßlich ganz weit links verortete Kunstwelt. Doch weil der konservative Publizist als Kulturstaatsminister auch dort Porzellan zerschlägt, wo er das gar nicht soll, mehren sich die Spekulationen, der CDU-Kanzler könne seinen langjährigen Vertrauten bald fallen lassen.

Mehrfach hatte der Gründer des liberal-konservativen Magazins »Cicero« »Verbotszonen, freiheitsfeindlicher Übergriffigkeit der Linken« beklagt und vor »radikal-feministischer, postkolonialer, ökosozialistischer Empörungskultur« gewarnt. Im von Merz gewollten Kulturkampf schafft der parteilose Weimer in den Augen seiner Gegner nun seinerseits Verbotszonen und macht sich dadurch auch abseits der ideologischen Hintergründe angreifbar.

Was war passiert? Vor der Vergabe des Buchhandlungspreises, mit dem das Kulturstaatsministerium besondere Literaturläden auszeichnet, hatte der Hausherr die Vorschläge der unabhängigen Jury



Kulturstaatsminister Wolfram Weimer hat Erklärungsbedarf. FOTO: RIEDL/DPA

zum Verfassungsschutz überprüfen lassen – und anschließend drei Läden von der Liste genommen. Die Buchhandlungen »Zur schwankenden Weltkugel« in Berlin, »Rote Straße« in Göttingen und den Bremer »Golden Shop« erhielten Absageschreiben, in denen stand, dass die Jury sie nicht berücksichtigt habe. Das Auswahlgremium bestreitet das jedoch.

Die drei betroffenen Geschäfte gelten als tief in der linken Szene verwurzelt, doch was genau ihnen vorgeworfen wird, bleibt offen. Sie wollen nun klagen und der Vorwurf steht im Raum, Weimer habe gelogen. Der Börsenverein des Deutschen

Buchhandels als Partner der Preisverleihung schreibt Weimer ins Stammbuch, die Würdigung kultureller Leistungen dürfe nicht von der politischen Ausrichtung eines Sortiments abhängen. Vielmehr müssten kulturelle Kriterien maßgeblich sein.

Weimer verteidigte sein Vorgehen im Kulturausschuss. Es müsse sichergestellt werden, dass staatliche Fördergelder nicht an Extremisten und Feinde des Staates gehen, sagte er.

Dabei hatte sich gerade erst die Aufregung um die Berlinale ein wenig gelegt. Beim Filmfestival war es zu Vorfällen gekommen, die als antisraelisch gewertet wurden. So hatte etwa der syrisch-palästinensische Regisseur Abdallah Alkhatib der Bundesregierung vorgeworfen, Partner »des Völkermords im Gazastreifen« zu sein. In der Folge war spekuliert worden, Weimer wolle Berlinale-Chefin Tricia Tuttle absetzen, plane damit nach Lesart seiner linken Kritiker einen Eingriff in die Kunstfreiheit. Doch die Intendantin blieb. Und von konservativer Seite hieß es, Weimer, der an seinem ersten Arbeitstag demonstrativ Josef Schuster, den Vorsitzen-

den des Zentralrats der Juden, empfangen hatte, habe sich gegen das linke Kultur-Establishment nicht durchsetzen können.

Für Gesprächsstoff sorgt auch die Rolle des 61-Jährigen als Verleger in der zusammen mit seiner Frau geführten Weimer Media Group. »The European«, ein Titel der Gruppe, hatte Beiträge von Politikern ohne deren Zustimmung veröffentlicht, was für Vorwürfe der Urheberrechtsverletzung sorgte. Das Unternehmen wies diese zurück. Die Weimer-Firma veranstaltet zudem am Tegernsee den »Ludwig-Erhard-Gipfel«, bei dem zahlende Gäste einflussreichen Politikern begegnen können. Für bis zu 80.000 Euro sollen Treffen mit Bundesministern möglich sein. Weimer beteuert, dass er für die Dauer seiner Amtszeit die Geschäftsführung der Media Group seiner Frau überlassen habe. Markus Söder (CSU) sagte seine Teilnahme am Erhard-Gipfel für 2026 indes ab und setzte seine Schirmherrschaft aus.

Und als wäre das alles noch nicht genug, gerät Weimer nun auch wegen der gestoppten Pläne für einen Erweiterungsbau der Deutschen Nationalbibliothek in die Kritik. (GEA)